



Anstalt des öffentlichen Rechts
HA Chefredaktion Content
Abteilung **Inland**
Recherche Unit

Am Fort Gonsenheim 139
55122 Mainz

Bitte sofort weiterleiten!

Telefon: 06131 / 9293-0

Durchwahl: 06131 / 929 3-3202

Telefax: 06131 / 929 3-3050

19.1.2019

Presseinformation

REPORT MAINZ, 22.01.2019, um 21.45 Uhr im Ersten

ACHTUNG BITTE SPERRFRIST BEACHTEN

19. Januar 2019, 5:00 Uhr

Wohnungsnot: Städte bringen Tausende in heruntergekommenen Hotels unter

Wohnungsbauexperte Prof. Volker Eichener kritisiert das als „schlechteste Lösung“

(Mainz/Frankfurt) In den fünf größten deutschen Städten (Berlin, Hamburg, München, Köln und Frankfurt am Main) sind mehr als 60 000 Menschen auf staatliche Unterbringung angewiesen. Darunter sehr viele Hartz IV-Empfänger, Familien mit Kindern, Rentner und auch anerkannte Asylempfänger. Da die Kommunen nicht über ausreichend sozialen Wohnraum verfügen, werden mehr als 11 000 Betroffene in privaten Unterkünften wie Pensionen und Hotels untergebracht. Das hat eine gemeinsame Recherche des ARD-Politikmagazins REPORT MAINZ und des Landesmagazins DEFACTO des Hessischen Rundfunks ergeben.

Die meisten staatlichen Unterbringungen in Hotels und Wohnheimen gibt es in Berlin. Hier sind insgesamt 37 000 Menschen betroffen, 5385 davon sind zum Teil in dubiosen Hotels und Pensionen einquartiert. Die „polizei- und ordnungsrechtliche Unterbringung“ ist eigentlich als kurzfristige Überbrückung gedacht, aber viele Betroffene finden jahrelang keine andere Wohnung. Der Zustand der privaten Unterkünfte ist häufig sehr schlecht. So berichten Bewohner im Interview von Mäusen in den Gemeinschaftsküchen und durchgelegenen Matratzen. Fotos und Videoaufnahmen zeigen verschimmelte Wände. Für diese heruntergekommenen Zimmer zahlen die Städte extrem hohe Mieten.

So zahlt die Stadt Frankfurt für eine vierköpfige Familie durchschnittlich pro Monat 3 500 Euro für ein Hotelzimmer. Das Sozialdezernat bestätigt: Allein im Jahr 2017 hat die Stadt Frankfurt 21,2 Millionen Euro für die Unterbringung von Personen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, ausgegeben. Diese

Summe umfasst sowohl die Unterbringung in privaten Hotels als auch in Wohnheimen der freien Träger der Wohlfahrtspflege. Die Kosten für die Unterbringung von nicht anerkannten Asylbewerbern sind darin noch nicht enthalten. Zählt man diese noch dazu, kommt man auf 56 Millionen Euro. Bei steigender Tendenz: Von Januar bis Oktober 2018 waren es bereits 65 Millionen Euro.

Der Wohnungsbauexperte und Politikwissenschaftler Prof. Volker Eichener von der Hochschule Düsseldorf kritisiert gegenüber REPORT MAINZ und DEFACTO vor allem die Unterbringung von Wohnungslosen in Hotels scharf. Dies sei die schlechteste Lösung für den Wohnraummangel: „Für das, was die Städte dort pro Person in zwölf Monaten ausgeben, kann man ein kleines Appartement bauen. Für das, was das in 24 Monaten kostet, eine kleine Wohnung.“ Er fordert, dass Bund, Länder und Kommunen bürokratische Hindernisse für den Wohnungsbau beseitigen und eine wirksame Bauförderung auflegen.

Die Städte verteidigen auf Anfrage ihr Vorgehen. So teilte die Stadt Frankfurt mit: „die Unterbringung in Hotels, Pensionen und privaten Wohnheimen ist für uns das letzte Mittel, um Obdachlosigkeit zu vermeiden“. Auch andere Städte sagen, dass sie keine andere Möglichkeit hätten.

München hingegen setzt auf den verstärkten Bau von eigenen, flexiblen Unterkünften für Wohnungslose. Am Sonntag berichtet das hr-Fernsehen um 17:45 Uhr in seiner Sendung DEFACTO über das Thema und am Dienstag um 21:45 Uhr das ARD-Politikmagazin REPORT MAINZ.

Zitate gegen Quellenangabe frei

**Bei Rückfragen rufen Sie bitte in der Redaktion REPORT MAINZ an
unter: 06131 929-33371**